

TAGUNGEN

Das erste Weltjugendtreffen des IBFG

Das erste Weltjugendtreffen des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, das vom 9. bis 19. Juli 1963 in Wien durchgeführt wurde, ist ein Ereignis in der Geschichte der internationalen freien Gewerkschaftsbewegung, das verdiente, ausführlich analysiert zu werden. Zum ersten Male traf sich die freie Gewerkschaftsjugend auf interkontinentaler Basis, und zum ersten Male wurde ein derartiges Treffen vom IBFG organisiert.

Bis vor kurzem gab es eine organisierte gewerkschaftliche Jugendarbeit fast ausschließlich in Kontinentaleuropa, und nur die Europäische Regionalorganisation des IBFG (ERO) hatte einen Jugendausschuß. Natürlich befaßt sich jede freie Gewerkschaft mit den Problemen der arbeitenden Jugend. Wie man jedoch dieser Aufgabe gerecht wird, ist abhängig von den Traditionen und von der gewerkschaftlichen Praxis der jeweiligen Bewegungen. Der IBFG ist keine zentralistische Organisation, die ihren Mitgliedern vorschreibt, wie sie ihre gewerkschaftliche Aufgabe zu erfüllen haben. Deshalb bestand eine organisierte gewerkschaftliche Jugendarbeit bisher ausschließlich in den Ländern, die vor und nach dem 1. Weltkrieg das eigenartige Phänomen einer sogenannten „Jugendbewegung“ erlebt haben. Dies war eine eigenständige und spontane Bewegung der bürgerlichen Jugend, insbesondere im deutschsprachigen Raum, die sich gegen die ältere Generation auflehnte und eigene Lebensformen suchte. Auch die Arbeiterjugend wurde davon ergriffen. Während jedoch der bürgerliche Zweig in Zentraleuropa wegen der Unklarheit seiner Ideen schließlich teilweise beim Faschismus landete, befruchteten die jungen Arbeiter mit ihrem neugewonnenen Elan ungenügend ihre Mutterbewegungen, und sie stellten die treuesten Elemente, die auch während der

faschistischen Nacht und während des Völkermordens die Idee der Menschlichkeit hochhielten. In den eben erwähnten europäischen Ländern waren es nicht die Älteren, die die Jugend „organisierten“, sondern die Jugend forderte ihren eigenen Platz in der Bewegung, mit eigenen Formen und Leitungen. Die gewaltigen gemeinsamen Aufgaben, vor denen sich die Arbeiterbewegung Europas nach dem 2. Weltkriege gestellt sah, haben viel zum Abbau des Generationsgegensatzes beigetragen: Die Jugendarbeit als eine besondere Form der Gewerkschaftsbewegung hat sich jedoch erhalten.

In den letzten Jahren regte sich das Interesse an gewerkschaftlicher Jugendarbeit auch bei den außereuropäischen Gewerkschaften. In Asien sind besonders Indien und Japan zu nennen, in Lateinamerika Mexiko. Auch in Afrika gibt es Ansätze gewerkschaftlicher Jugendabteilungen.

Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften widmet seit 1962 den Jugendfragen erhöhte Aufmerksamkeit. Sie fand Ausdruck in dem ersten IBFG-Jugendseminar in Kopenhagen 1962 und der anschließenden Errichtung einer Jugendsektion im IBFG-Zentralbüro in Brüssel. Vorläufiger Höhepunkt der IBFG-Jugendarbeit wurde in diesem Jahr das Weltjugendtreffen in Wien. Fast gleichzeitig fand in Wien das 2. Jugendseminar des IBFG statt, das sich mit Programmfragen befaßte. Schließlich soll noch in diesem Jahr ein Gemeinsamer Jugendausschuß des IBFG und der Internationalen Berufssekretariate ins Leben gerufen werden. Der Erfolg der Wiener Jugendtage besteht mit darin, daß nunmehr diese organisatorischen Bemühungen von Tausenden junger Gewerkschafter bewußt getragen werden und daß sie sich nicht in einem bürokratischen Rahmen abspielen.

Wien war nicht als Veranstaltung der Superlative und großen Zahlen geplant. Dennoch nahmen rund 15 000 Jugendliche aus der ganzen Welt an den verschiedenen Veranstaltungen teil. Auch auf ein Maximum von Propaganda mit gewaltigen Demonstrationen und großen Worten wurde bewußt verzichtet. Trotz dieser sachlichen Grundnote war das Wiener Treffen ein echtes jugendliches Ereignis. Frohsinn und Harmonie dominierten und steigerten sich zum Enthusiasmus bei den großen Veranstaltungen, vor allem bei dem unvergeßlichen Fackelzug durch die nächtlichen Straßen Wiens, wo die Bevölkerung der Gewerkschaftsjugend eine stürmische Huldigung entgegenbrachte.

Die Wahl der österreichischen Metropole Wien als Ort des Treffens hat viele Spekulationen darüber ausgelöst, inwieweit das IBFG-Treffen als eine Art „Antifestival“ zu kommunistisch inspirierten Jugendtreffen zu

betrachten sei. Solche Vermutungen lassen außer acht, daß die freie Arbeiterbewegung auf diesem Gebiet an eine eigene jahrzehntelange Tradition in Europa anknüpft und es keineswegs nötig hat, internationale kommunistische Veranstaltungen zu kopieren. Es waren vielmehr rein organisatorische Gründe, die den IBFG veranlaßten, Wien als Treffpunkt zu wählen, nachdem der Österreichische Gewerkschaftsbund eine entsprechende Einladung ausgesprochen hatte. Die Veranstalter wußten, daß der ÖGB und seine Jugendabteilung die Gewähr dafür boten, diese vielseitige Veranstaltung organisatorisch mustergültig zu bewältigen. Sie wußten, daß die Stadt Wien ihre Einrichtungen voll in den Dienst des Treffens stellen würde. Und diese Erwartung erfüllte sich auch: vom Bürgermeister bis zum Straßenbahner und zum Verkehrspolizisten wurde jeder Gemeindebedienstete ein aktiver Helfer des Treffens.

Trotz der Beschränkung der Delegationen, die die freien Gewerkschaften entsandten, hatte das Wiener Treffen einen universalen Charakter. Es waren Einheitsgewerkschaften, sozialistische Gewerkschaften verschiedener Observanz, christliche, islamische und „nationalistische“ Organisationen vertreten, die alle im IBFG Platz haben. Die Gruppen aus Japan, Malta und Tunesien, aus Lateinamerika und schließlich aus Nordamerika verliehen dem Treffen die besondere Note. Aus den meisten Entwicklungsländern waren allerdings nur Einzeldelegierte anwesend; einzig und allein ihnen wurde die Reise aus den Mitteln des Internationalen Solidaritätsfonds ermöglicht. Die übrigen Teilnehmer hatten ihre Kosten selbst zu tragen oder erhielten von ihren eigenen Gewerkschaften einen Zuschuß. Bewußt sollte dieses gewerkschaftliche Jugendtreffen aus eigener Kraft getragen werden.

Das 2. Jugendseminar des IBFG tagte kurz vor dem Treffen in einer stillen ÖGB-Schule und mied die Publizität. Indessen leisteten die anwesenden Vertreter von 43 nationalen Organisationen und einigen Berufssekretariaten grundlegende Arbeit. Im Mittelpunkt ihrer Beratungen stand der Entwurf eines *internationalen gewerkschaftlichen Jugendprogramms*, das nach eingehenden Beratungen durch den IBFG-Jugendausschuß und den IBFG-Vorstand Richtschnur für nationale und internationale Aktionen der werktätigen Jugend werden soll. Hier gibt es eine hervorragende Möglichkeit der Zusammenarbeit mit den Jugendinternationalen, wie *World Assembly of Youth* (WAY), *Young Union of Socialist Youth* (YUSI) und der *Internationalen Christlichen Arbeiterjugend* — internationale Organisationen, die auch Freundschaftsdelegationen nach Wien entsandt hatten. Der IBFG ist keine Jugendorganisation und kann

deshalb die Mitarbeit der anderen demokratischen weltweiten Jugendorganisationen ohne Konkurrenzgefühle suchen, zumal die Tendenzen, die z. B. die genannten Jugendinternationalen vertreten, ihm nicht fremd sind.

Das kommunistische Lager schenkte dem Seminar und dem Treffen mehr Aufmerksamkeit als manche Kreise der „freien“ Welt. Es entsandte eine größere Gruppe sprachenkundiger „Beobachter“, die jedoch das, was sie zur Bestätigung von Meldungen der Ostpresse gern nach Moskau und Prag berichtet hätten, nicht vorfanden: nämlich Hetze und politische Scharfmacherei.

In Wien hat die internationale Gewerkschaftsjugend Zeugnis abgelegt von der Kraft, aber auch von der Realisierbarkeit ihrer Ideale, die in dem Motto zusammengefaßt waren: *In Freiheit leben — den Frieden gewinnen*. Sie hat Einheit in der Vielfalt — jenseits allen Sektiererturns — gezeigt, zehn Tage lang in Freiheit und Selbstverantwortung die Gemeinschaft gestaltet. Die provisorische Zelt-

Stadt hat der freien Arbeiterjugend ihr Ziel — eine neue, gemeinsam erbaute Gemeinde, die weder durch nationale noch durch rassische Vorurteilsschranken gespalten ist — zum konkreten persönlichen Erlebnis werden lassen. Das Jugendprogramm des IBFG wird der arbeitenden Jugend der ganzen Welt als Wegweiser und Maßstab dienen. Weitere Gewerkschaften beginnen schon, ihre Jugendarbeit zu verstärken. Das von einem jungen Kollegen eigens für das Treffen geschaffene Motiv der offenen Hand mit der Weltkugel wurde spontan zum Symbol der internationalen gewerkschaftlichen Jugendbewegung.

So werden die Wiener Tage fortwirken. Ob es zu einem neuen Treffen im gleichen Rahmen und unter dem gleichen Symbol kommt, wie die Delegationen schon in Wien vorschlugen, wird von der Gewerkschaftsjugend selbst abhängen, denn auch die Initiative zur Wiener Veranstaltung wurde vom IBFG-Sekretariat in Brüssel nur gefördert: Die Idee kam von der Jugend selbst. *Herbert A. Tulatz*

INTERNATIONALE RUNDSCHAU

Wirtschaftshilfe der USA und der UdSSR für unterentwickelte Länder

Seit Jahren stoßen die Anforderungen der Regierung der USA für militärische und nichtmilitärische Hilfe an unterentwickelte Länder auf zunehmenden Widerstand beider Häuser des Kongresses. Bei den Beratungen für den Haushalt 1964 (1. Juli 1963 — 30. Juni 1964) kürzte Präsident *Kennedy* selbst seinen ursprünglichen Vorschlag von 4,9 Md. auf 4,5 Md. \$. Im weiteren Verlauf wurden nur 3,5 Md. bewilligt, ein drastischer Schnitt, den *Kennedy* kurzfristig, unverantwortlich und gefährlich nannte.

Der Widerstand weiter Kreise des amerikanischen Volkes ist begreiflich, da der Haushalt für 1964 von vornherein ein Defizit von 11,9 Md. \$ vorsieht, die Zahlungsbilanz der USA seit Jahren passiv ist und der Goldvorrat von 24 Md. (vor 10 Jahren) auf 16 Md. gesunken ist. Allerdings belastet die auswärtige Hilfe nur mit etwa 20 vH die Zahlungsbilanz, da 80 vH in Lieferungen amerikanischer Firmen und in Dienstleistungen bestehen.

Gegen die Kürzung wird u. a. eingewandt, daß die militärische Hilfe es den befreundeten Nationen ermögliche, eine Wehrmacht von

insgesamt 2,5 Mill. Soldaten der kommunistischen Bedrohung gegenüberzustellen, wobei der einzelne Soldat nur ein Zehntel der Kosten für den Unterhalt eines amerikanischen Soldaten in Übersee verursacht.

Etwaige Befürchtungen, die UdSSR könnten in die Hohlräume, die durch die vom amerikanischen Kongreß vorgenommenen Kürzungen entstanden sind, eindringen und damit die Sympathien der bedachten Länder auf ihre Seite ziehen, dürften kaum berechtigt sein. Der Vergleich der militärischen und nichtmilitärischen Hilfe, die die USA und die UdSSR seit Ende des zweiten Weltkrieges insgesamt gegeben haben — die USA etwas über 100 Md. \$, die UdSSR 12 Md. — zeigt, daß die UdSSR nicht Schritt halten konnte. Auch *Chruschtschow* sieht sich zusehends Schwierigkeiten im eigenen Land gegenüber, wenn etwa in Odessa die Hafendarbeiter in Streik traten, weil sie nach Kuba Butter verladen sollten, die auf dem Markt in Odessa nicht zu erhalten war, oder wenn selbst höhere Parteigenossen auf den Ankauf von Autos warten müssen, mit denen die führenden Schichten in Guinea beglückt werden. Der Tanz der Milliarden hat auf beiden Seiten an Schwung verloren; aber daß die USA als Sieger aus dem Turnier hervorgegangen sind und trotz der starken Kürzungen, die wohl auch in den nächsten Jahren vorgenommen werden, die Führung behalten werden, kann keinem Zweifel unterliegen, selbst wenn in einzelnen Ländern die UdSSR die größeren Leistungen auszuweisen haben.

Die nachstehende, auf Veröffentlichungen des US Department of State beruhende Übersicht ¹⁾ bringt nur die Länder, die von beiden Seiten zwischen dem 1. Januar 1954 und dem 31. Dezember 1962 wirtschaftliche Hilfe empfangen haben, sei es in Form von Darlehen oder von Zuschüssen (eine Ausscheidung auf beide Formen der Hilfe enthält die Liste nicht). In 13 der 23 Länder haben die UdSSR zwar die Führung, aber die Leistung der USA im ganzen ist beträchtlich höher: 10 747 Millionen \$ gegenüber 4973 Millionen der UdSSR. Während aber in der Hilfe der USA die Hilfe westeuropäischer Länder nicht enthalten ist — sie ist in den letzten Jahren fast auf die Hälfte der Hilfe der USA angestiegen —, sind die 30 vH des Gesamtaufwands, die 1962 andere kommunistische Länder geleistet haben, in der Liste mitenthalten. Die Leistung der UdSSR kommt jedoch in der Belastung der USA insofern nahe, als sie in den letzten Jahren ungefähr 0,5 vH der gesamten Nationalproduktion betrug, der Hundertsatz, den die Wirtschaftshilfe in der bedeutend höheren Nationalproduktion der USA darstellt, ist nur unbedeutlich höher.

Wirtschaftshilfe an unterentwickelte Länder vom 1. 1. 1954 bis 31. 12. 1962 (in Mill. \$)

Land	Hilfe der USA	Hilfe der UdSSR mit Einschluß anderer kommunistischer Länder
Afghanistan	178	515
Argentinien	490	104
Brasilien	1 182	74
Kambodscha	252	65
Ceylon	79	69
Kuba	29	470
Abessinien	113	114
Ghana	157	200
Guinea	15	127
Island	36	5
Indien	3 573	982
Indonesien	395	649
Irak	18	218
Mali	5	100
Nepal	49	45
Pakistan	1 741	33
Somaliland	29	63
Sudan	65	25
Syrien	95	193
Tunis	293	46
Türkei	1 311	17
Ägypten	617	715
Yemen	25	44

Der Wettlauf der beiden Geldgeber bei einigen afrikanischen und asiatischen Staaten ist leicht zu erkennen.

Das größte Sorgenkind im Rahmen der Auslandshilfe der UdSSR ist seit Jahren *Kuba*.

Die Wirtschaftshilfe stellt nur einen kleinen Teil der insgesamt 1,9 Md. \$ dar, die Kuba den UdSSR gekostet hat: 800 Mill. militärische Hilfe, 300 Mill. Unterstützung der Währung, 300 Mill. Unterstützung der Zuckerproduktion, 470 Mill. Wirtschaftshilfe. Die Aufwendungen für das im Oktober 1962 mißglückte militärische Abenteuer Rußlands in Kuba sind hierin nicht enthalten. Die Sorge, diesen einzigen kommunistischen Vorposten in der Neuen Welt zu halten, wird auch in Zukunft zur Fortsetzung, womöglich zur Steigerung der Ausgaben zwingen.

Ein Lied vom Undank der Welt können die Russen auch in bezug auf *Ägypten* singen. Obwohl die militärische und die wirtschaftliche Hilfe, diese hauptsächlich für den Bau des Assuandamms, nahezu eine Md. \$ beträgt, sperrt *Nasser* rücksichtslos ägyptische Kommunisten ein. Mag er auch in den Vereinten Nationen öfter im Sinne Rußlands seine Stimme abgeben, so müssen die Russen doch die Hoffnung, ihn zum Kommunismus zu bekehren, aufgeben. Die Rückzahlung der Darlehen durch Lieferung von Baumwolle an Rußland wirft für Ägypten ein schweres Problem auf. Rußland wirft die Baumwolle zu herabgesetzten Preisen auf den europäischen Markt und tritt so in direkte Konkurrenz mit der Baumwolle, die Ägypten auf diesen Markt bringt. Im *Irak* war die halbe Md. \$, die 1958 für militärische und wirtschaftliche Hilfe gegeben wurde, zwecklos vertan, als eine anti-kommunistische Regierung ans Ruder kam.

Von den neuentstandenen Staaten Afrikas wandten sich vor allem *Guinea*, *Ghana* und *Mali* dem Osten zu. Guinea schien das Schaufenster für den Kommunismus in Afrika zu werden. Schlechte Lieferungen der Russen und die Ablehnung von Wünschen, die auf den Bau von Dämmen und Kraftwerken abzielten, führten 1961 zur Ausweisung des sowjetischen Gesandten und einer Reihe französischer kommunistischer Lehrer. Auch die beiden anderen ebengenannten Staaten, dazu *Sudan*, *Somaliland* und *Senegal* sind von Quantität und Qualität der russischen Lieferungen enttäuscht. Die kommunistische Gefahr in Afrika, die noch vor einigen Jahren die Gemüter in Bann gehalten hat, dürfte zumindest für absehbare Zeit überwunden sein.

In *Lateinamerika* sieht sich Rußland in besonderem Maße der Konkurrenz der Leistungen der USA ausgesetzt, mit denen es, vor allem soweit die industrielle Produktion in Frage steht, noch nicht wetteifern kann.

Ein Loch ohne Boden ist im südlichen und südöstlichen Asien entstanden. In *Indien* übertrug die Hilfe der USA bei weitem die der UdSSR. *Afghanistan* hat sich trotz einer

1) Entnommen der Wochenzeitschrift „US News and World Report“ vom 27. 5. 1963, S. 50 ff.

hohen zinsfreien, auf 50 Jahre laufenden Anleihe nicht in die kommunistische Schlinge ziehen lassen. *Indonesien* hat zwar die militärische Hilfe, mehr als eine Md. \$, schon verbraucht, die wirtschaftliche Hilfe aber stößt auf große Schwierigkeiten, da etwa die Hälfte der 500 russischen Techniker nach Kohle, Eisen und Phosphaten suchen muß, bevor die geplanten Hochöfen gebaut werden können. Auch hier wird über die unzureichende Qualität mancher russischen Maschinen geklagt.

Die früher vielfach vertretene Auffassung, mit wirtschaftlicher Hilfe allein einen empfangenden Staat auf die eine oder andere Seite

zu ziehen, hat sich für beide Geldgeber nicht selten als Illusion erwiesen, die den westeuropäischen Staaten, die sich angesichts des Zahlungsbilanzdefizits der USA stärker als bisher an der Hilfe für unterentwickelte Länder beteiligen müssen, vielleicht als heilsame Lehre dienen wird. Der Wettbewerb der Großen um die Gunst der Neutralen wird aber auch in den kommenden Jahren ein Ansporn für Fortsetzung der Hilfe für die unterentwickelten Länder sein und damit den kalten Krieg nicht von seiner schlechtesten Seite in Erscheinung treten lassen.

Dr. Robert Adam, z. Z. Washington, D. C.

AUSSPRACHE

„Lohnpolitik 1963“

I.

Wie zutreffend *Ehrenbergs* Prognose ist (GM 8/1963), daß auch 1963 nicht zum Jahr der konjunkturellen Wende wird, bestätigt schon der Anfang August erschienene Jahresbericht der Deutschen Bundesbank, denn immer noch wird darin eine Beschränkung der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage im Interesse einer Entspannung der Konjunktur für notwendig angesehen. Die Gründe sieht die Bundesbank unter anderem in der neuerlichen Tendenz zu einem wachsenden Ausfuhrüberschuß mit seinen inflationistischen Folgen. Auch die Inlandsnachfrage habe sich belebt, überwiegend bei der Investitionsgüterindustrie, während vom privaten Verbrauch kaum Anregungen ausgingen. Dabei setzte sich die Kosteninflation fort, obwohl festzustellen ist, daß die Löhne und Gehälter nur noch halb so stark gestiegen sind wie im Vorjahr.

Die in den lohnpolitischen Auseinandersetzungen vor allem von Unternehmerseite verwendeten Argumente nutzen sich also sichtbar ab. In dieser Situation ist eine „Bestandsaufnahme“ in Sachen Lohnpolitik sicher von besonderem Wert. *Ehrenberg* sucht dabei nach neuen Wegen, obwohl er doch selbst anerkennend vermerkt, daß es der „klassischen“ Lohnpolitik seit 1960 gelungen ist, die Lohnquote zu vergrößern. Die Tarifverträge der *IG Bau*, *Steine*, *Erden* werden beispielhaft hervorgehoben. Nun scheint uns aber die Tarifpolitik der *IG Bau* bei vorbehaltloser Anerkennung der erzielten Erfolge keine gar zu neuen Wege beschriften zu haben, sondern vielmehr einen schon lange eingeschlagenen Weg lediglich konsequent fortzusetzen. Die Verquickung von lohn- und sozialpolitischen Gesichtspunkten ist im Grunde etwas Selbstverständliches.

Gerade insofern geht auch die Kritik *Ehrenbergs* an der *ÖTV* fehl. Diese Gewerkschaft hat seit je bemerkenswerte Erfolge auf sozialpolitischem Gebiet zu verzeichnen. Man denke nur an die durch Abschluß des BAT vom 23. Februar 1961 erneut gesicherten und verbesserten Regelungen für Urlaub, Dienstbefreiung, Beihilfen, Kuren, Unterstützungen, Zusatzversorgung, Weiterzahlung der vollen Bezüge im Krankheitsfall, Kündigungsfristen, Unkündbarkeit und andere, die in ihrer Art in der Bundesrepublik einmalig sind und die man nicht übersehen darf, wenn die Tarifpolitik der *ÖTV* einer kritischen Würdigung unterzogen werden soll. Auch das durch den zuletzt abgeschlossenen Tarifvertrag im Vergleich zu den Forderungen sicherlich bescheiden zu nennende Ergebnis muß in diesen komplexen Zusammenhang gestellt werden.

Insgesamt bleibt also als Novum der Lohnpolitik der *IG Bau* zunächst wohl nur die Orientierung am Produktivitätszuwachs. Auf diese Weise geraten die Bauarbeiter zwar im Augenblick gegenüber der Lohnentwicklung in anderen Bereichen sicherlich nicht in Nachteil, dennoch bleibt die Produktivität als Maßstab für die Lohnhöhe problematisch. Das gilt mindestens so lange, wie das am Währungsstichtag bestandene Ungleichgewicht zwischen den Produktionsfaktoren durch die seitherige Lohnentwicklung zwar gemildert, aber keineswegs beseitigt worden ist.

Natürlich ließe sich gerade daraus schließen, daß die Lohnpolitik nach neuen Wegen suchen müsse. Wie wir gesehen haben, ist die Kombination von Lohn- und Sozialpolitik kein neuer Weg; so könnte es die „Aufnahme vermögenspolitischer Forderungen in die tarifpolitische Praxis“ eventuell sein. Wenn hier aber an eine Vermögensumverteilung, mindestens aber doch an die Beteiligung der Arbeitnehmer am jährlichen Produktivitätszuwachs gedacht wird, so muß man sich der Schwierigkeiten bewußt sein, die solchem Vorhaben entgegenstehen. Die Aus-

Schöpfung eines „Verteilungsrestes“ setzt eine radikale Änderung der Wettbewerbslage voraus. Die von Ehrenberg erwähnten Berechnungen *Krelles* zeigen die theoretischen Möglichkeiten auf. Ein wesentliches Vorankommen in dieser Richtung ist auf nationaler Ebene kaum vorstellbar, schon gar nicht bei der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Machtkonstellation. Hoffnung kommt nur vom größeren Markt, von *Europa*. Die zwangsläufige Ausweitung des Wettbewerbs wäre nicht nur zu erwarten als Folge der Realisierung der Römischen Verträge, sondern auch aus der natürlichen Interessenlage der strukturverbesserten arbeitsteiligen Wirtschaft eines größeren Marktes.

Die Gewerkschaften widmen dem *Gemeinsamen Markt* (EWG) mit Recht schon heute große Aufmerksamkeit. Wegen der Gegenströmungen und politischen Konzeptionen (*de Gaulle!*) ist engste internationale gewerkschaftliche Zusammenarbeit von erstrangiger Bedeutung. Denn in nationalen europäischen Bereichen sind wirtschafts- und sozialpolitische Fortschritte großen Rahmens nur noch sehr bedingt denkbar. Hier bleibt zunächst die Fortsetzung „klassischer“ Lohn- und Sozialpolitik der sicherste Weg, dem Arbeitnehmer wie dem aus dem Arbeitsprozeß durch Alter oder Invalidität Ausgeschiedenen einen optimalen Anteil am Volkseinkommen zu sichern.

Ein Weg, dieses Bemühen erfolgreicher noch als bisher zu gestalten, ist die Hebung des geistigen Niveaus der arbeitenden Bevölkerung. *Ausbildung und Bildung* sind auch in diesem Zusammenhang als zentrale Probleme gewerkschaftlicher Politik zu betrachten. Daß man sich auch in Brüssel darüber Gedanken macht, hat der Vizepräsident der EWG-Kommission *Robert Mayolin* in *Die Zeit* vom 9. August 1963 zum Ausdruck gebracht, wo er auf die nach Artikel 128 des EWG-Vertrages notwendige Übereinstimmung der staatlichen Schulpolitik mit den Bedürfnissen des ökonomischen Fortschritts hinweist. Was eigentlich selbstverständlich sein sollte. Und doch ist der Weg zu diesem Ziel noch unendlich weit.

Kurt Offers, Düsseldorf

II.

In seinem Artikel in Heft 8/1963 der GM weist *Herbert Ehrenberg* auf die „neuartige“ Lohnpolitik der IG Bau, Steine, Erden hin als ein Beispiel für einen neuen möglichen Weg in der Tarifpolitik. M. E. fällt er dabei auf eine gleiche oberflächliche Betrachtungsweise herein, wie sie sehr allgemein praktiziert wird.

Es darf doch nicht übersehen werden, daß gerade im Baugewerbe wegen dessen Eigenart schon vor Beginn der „neuartigen“ Lohnpolitik *Lebers* sozialpolitische Maßnahmen

tariflich gefaßt werden mußten, wie Urlaubskasse, Schlechtwetterregelung usw. Solche Sonderregelungen waren so zwingend und lagen so sehr auch im Interesse der Arbeitgeber selbst, daß sie auch deren Einsicht begegneten. Daß diese aber bei den Lohnverhandlungen aufgerechnet wurden, beweist die vergleichsweise mäßige Lohnerhöhung und die lange Laufzeit.

Es scheint mir noch sehr die Frage, ob eine solche Aufrechnung wirklich im Interesse der Gewerkschaften liegt, weil es das Endergebnis nicht verbessert. Ein gleiches Schicksal würden auch vermögenswirksame Vereinbarungen erleiden. Was hier mehr gegeben wird, wird bei der Lohnerhöhung abgezogen. Wir wissen aus der Praxis der Verhandlungen, daß auch Arbeitszeitverkürzungen und Urlaubsverlängerungen angerechnet werden. Die Arbeitgeber drücken das sogar in Prozenten aus und sind nur bereit, ein gesamtes Mehr zu leisten, wenn gewerkschaftliche Mittel eingesetzt werden können. Hier ist Ehrenberg nur allzu recht zu geben. Es bedarf der Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Sie macht uns heute mehr Kummer als vieles andere.

Der Hinweis auf den Weg, Vereinbarungen über die Vermögensbildung für Arbeitnehmer abzuschließen, ist tarifverhandlungstaktisch sehr interessant, wie der Artikel in seiner Tendenz durchaus zu bejahen ist.

Herbert Weidlich, Berlin

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

„Radikal, bis das große Ziel erreicht ist“

Otto Brenner hat unter dem Titel „Gewerkschaft und Gesellschaft“ in der *Saarbrücker Allgemeinen Zeitung* (Nr. 200), die in einer „Tribüne der Woche“ bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu Wort kommen läßt, einen Aufsatz veröffentlicht, den wir — als Beitrag zur Diskussion über Grundsatzprogramm und gewerkschaftspolitische Zielsetzung — an dieser Stelle ungekürzt wiedergeben möchten:

„Der amerikanische Präsident *John F. Kennedy* hat in seiner Ansprache an den Gewerkschaftstag der IG Bau, Steine, Erden von der Aufgabe gesprochen, eine freie fortschrittliche Gesellschaft zu entwickeln, in der die Früchte des Fortschritts, die Früchte der Produktion durch die Gewerkschaften gleichmäßig und gerecht an die Bevölkerung verteilt werden könnten, und zwar nicht durch einen Führer, sondern durch das Volk selbst. Das sind bemerkenswerte Sätze, mit denen der ame-

rikanische Präsident in Berlin — und nicht zum ersten Male — die Rolle und Bedeutung freier Gewerkschaften in einer wahrhaft demokratischen Gesellschaft unterstrichen und anerkannt hat.

Gerade in dieser Beziehung fehlt es in der Bundesrepublik bei den Verantwortlichen noch allzuoft an einer klaren Einstellung. Die Demokratie ist für sie eine rein politische Konstruktion, in der sich für die Organisationen der Arbeitnehmer kein richtiger Platz findet. Daraus ergibt sich weiter, daß bei uns die Demokratisierung der Gesellschaft, von der Kennedy als einer notwendigen Entwicklung spricht, viel zu eng verstanden wird. Sie soll in keinem Fall zu einer Demokratisierung der Wirtschaft und des Soziallebens, über die politische Sphäre hinaus, führen. Daß die Gewerkschaften, wie der amerikanische Präsident meint, die Früchte des Fortschritts und der Produktion verteilen, daß sie also die wirtschaftliche Mitbestimmung der arbeitenden Menschen verwirklichen sollen, ist für allzu viele in unserem Lande ein ketzerischer Gedanke.

Wer sich dies vor Augen hält, der muß unausweichlich zu der Erkenntnis kommen, daß in der Bundesrepublik in dem Verhältnis der Staatsgewalt zu den Gewerkschaften etwas noch nicht ganz in Ordnung ist. Das liegt jedoch nicht etwa daran, daß sich die Gewerkschaften aus einer überholten Tradition nicht in unsere Gesellschaft einfügen können. Diesen Vorwurf macht man ja besonders der Industriegewerkschaft Metall. Es beruht vielmehr darauf, daß die landläufige Auffassung von Demokratie bei uns der gesellschaftlichen Wirklichkeit und den Erfordernissen demokratischer Entwicklung nicht länger gerecht wird. Vergleiche mit anderen Ländern liefern dafür auf Schritt und Tritt Beweise. Hier sei noch ein weiteres Beispiel angeführt, wie selbst in den USA, dem vielgerühmten Land der freien Unternehmerwirtschaft, wirtschaftliche Erkenntnisse, die sich unausweichlich aus der technischen Revolution unserer Zeit ergeben, Eingang in das Denken und Handeln der Politiker finden. Wie weit wir damit in der Bundesrepublik noch zurück sind, weiß ein jeder.

Im vergangenen Jahr erklärte *Richard Hughes*, der Gouverneur des Staates New Jersey, vor dem Kongreß der Automobilarbeitergewerkschaft, es bestehe in den USA Einverständnis darüber, daß die Folgen der Automation nicht den hilflosen Arbeitnehmern zur Last fallen dürften. Arbeitgeber und Gemeinschaft müßten sich in die Last teilen, als freiwilliger Preis für die ihnen allen zukommenden Vorteile. Zur Wirtschaftsplanung bemerkte der Gouverneur, dessen Worte ins Stammbuch unserer Politiker, allen voran des Bundeswirtschaftsministers und Kanzlerkandidaten Prof. *Erhard*, eingetragen werden sollten:

„Unser traditionelles Denken, das durch die Wirtschaftssysteme totalitärer Regierungen etwas verzerrt ist, verbindet Planung mit der Aufopferung der Freiheit an einen allmächtigen Staat. Wir sollten uns die Erfahrungen mit der neuen privaten und öffentlichen Planung in den europäischen Demokratien zunutze machen. Wenn wir uns von der lähmenden Vorstellung frei machen können, daß Planung ein schlechtes Konzept ist — wie wir das bereits bei der Planung in den Gemeinden und in der Privatwirtschaft getan haben —, dann werden wir einen entscheidenden Schritt vorwärts machen, um (wirtschaftliche) Tüchtigkeit in den Dienst der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit zu stellen.“

Wir sehen also, wie die verantwortlichen Politiker befreundeter Länder Vorstellungen Ausdruck geben, die auch im Konzept der deutschen Gewerkschaften eine wichtige Rolle spielen: Mitbestimmung und Wirtschaftsplanung. Sie tun das gewiß nicht, weil sie eingefleischte „Radikale“ oder Sozialisten sind, sondern weil sie erkannt haben, daß die zweite industrielle Revolution mit ihren Begleiterscheinungen die Verwirklichung des von den Gewerkschaften von jeher vertretenen Konzepts einer demokratischen Wirtschafts- und Sozialordnung zu einer Lebensfrage für jede freie, demokratische Gesellschaft werden läßt.

Von dieser Warte aus muß die Haltung der deutschen Arbeitgeber und vieler Politiker gegenüber den Gewerkschaften, besonders der Industriegewerkschaft Metall, beurteilt werden. Die große Tarifbewegung in der Metallindustrie Baden-Württembergs hat erst vor wenigen Monaten deutlich bewiesen, daß weder unsere gewerkschaftlichen Grundsätze noch unsere gewerkschaftliche Aktivität überholt sind. Überholt, der gesellschaftlichen Realität unserer Zeit nachhinkend, sind dagegen die Vorstellungen und Methoden der metallindustriellen Arbeitgeber. Sie haben wirtschaftliche Gründe vorgeschoben, obwohl es ihnen in Wirklichkeit um eine Machtprobe ging. Sie haben zuerst die Forderungen der IG Metall abgelehnt, um sich dann erst im Schutze des Staates zu einer wirtschaftlich tragbaren Lösung bereitzufinden. Sie haben auf einen Schwerpunktstreik, der erst durch ihre Weigerung, überhaupt ein vernünftiges Gegenangebot zu machen, heraufbeschworen wurde, mit der totalen Aussperrung geantwortet und damit ein letzten Endes politisches Kampfmittel aus der von ihnen so oft zitierten Mottenkiste des Klassenkampfes wieder hervorgeholt. Mit einem Satz, sie haben erneut gezeigt, daß ihre Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Demokratie weltweit verschieden von der unseren — und von der demokratischer Politiker in anderen Ländern — ist.

Radikal sein heißt nichts anderes, als den Dingen auf den Grund zu gehen und die ge-

seilschaftlichen Verhältnisse zu menschenwürdigen Verhältnissen für alle zu gestalten. In diesem Sinne ist die Gewerkschaftsbewegung, ist die Industriegewerkschaft Metall immer radikal gewesen und wird sie radikal bleiben, bis das große Ziel erreicht ist. Der Mensch, der arbeitende Mensch, muß endlich in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Geschehens treten. Dann erst wird er nicht mehr abhängig von blinden gesellschaftlichen Kräften sein, sondern Beherrscher aller jener technischen Wunderwerke, die er selber schafft und die gleichwohl heute als schreckliche, alles zerstörende Macht scheinbar selbständig und unkontrollierbar über ihm thronen. Erst dann wird schließlich auch jene Gesellschaft der Freien und Gleichen verwirklicht werden, die Präsident Kennedy als erstrebenswertes Ziel bezeichnet, während sie den deutschen Arbeitgebern lediglich als Schreckgespenst vor Augen zu stehen scheint. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist der festen Überzeugung, daß, allen Widerständen zum Trotz, die von ihr und den demokratischen Kräften vertretene Sache siegen und eine überholte konservative Anschauung sich in der demokratischen Wirklichkeit jener Gesellschaft auflösen wird, in der die Früchte des Fortschritts und der Produktion gerecht und gleichmäßig allen Menschen zukommen.“

„So gewinnt man den Kampf gegen den Kommunismus nicht!“

Über „Die Wahrheit von Saigon“ hat der bekannte Schweizer Publizist Dr. *Hans Fleig* in der *Zürcher Woche* (Nr. 36 vom 6. September 1963) einen Aufsatz veröffentlicht, der von so grundsätzlicher Bedeutung ist, daß wir ihn unseren Lesern vermitteln möchten:

„John F. Kennedy mußte dieser Tage seinen Mitbürgern schonend ein Stück liebgeordnete Weltanschauung demontieren. Auf Millionen amerikanischer Bildschirme nahm der Präsident erstmals öffentlich Stellung zum politischen Trümmerhaufen, den die von den Amerikanern hochgepöbelte Ngo-Clique im südlichen Teil Vietnams angerichtet hat. Die Saigoner Regierung habe ‚sehr unklug‘ gehandelt, als sie Repressalien gegen die Buddhisten ergriff, und Ngo Dinh Diem habe ‚in den letzten zwei Monaten den Kontakt mit dem Volk etwas verloren‘, sagte das Präsidentenbild mit gepreßter Stimme. ‚Wir glauben nicht, daß man auf diese Weise den Kampf gegen den Kommunismus gewinnen kann.‘

Das war der entscheidende Satz, und der einzige, der die ganze Wahrheit sagte. Alles andere war eine Zuckerwasserversion, eine auf schön geschminkte Leichenschau der rasanten Niederlage, die das Ergebnis von genau zehn Jahren amerikanischer Vietnam-Politik ist. In diesen zehn Jahren hat Amerika Milliarden von Dollar in Südvietnam verlocht, nämlich ge-

nau eine Million Dollar pro Tag. Um ein Regime zu finanzieren, das zum Übelsten gehört, was es auf dieser Welt gibt: ein Regime katholischer Feudalherren, die sich den Teufel um die Volksmeinung kümmern; die ein Millionenvolk in Sklaverei halten: Tausende und Zehntausende wahllos nach Lust und Laune ins Gefängnis werfen; die in jeder Provinz Konzentrationslager errichtet haben, wo gefoltert und gemordet wird; die die amerikanischen Gratis-Nahrungsmittellieferungen seit Jahren dazu mißbrauchen, die Kassen der katholischen Klöster und Erzbistümer und ihre eigenen Taschen zu füllen; die sich auf eine Gestapo stützen, die ihr Namensvorbild in den Schatten stellt.

Alles das hat Amerika geduldet und bezahlt im Namen des Antikommunismus. Es hat nichts gelernt aus der sehr parallelen Geschichte Südkoreas, wo es ebenfalls jahrelang die blutige Diktatur des schrecklichen *Syngman Rhee* mit ungezählten Dollar-Millionen finanzierte, bis es zur Revolution kam.

Die Wahrheit von Söul ist auch die Wahrheit von Saigon, und sie kommt nun endlich an den Tag: *daß man sich entscheiden muß, was wichtiger ist, der Antikommunismus oder die Freiheit, und daß diese beiden Begriffe sich nicht zu decken brauchen*; daß es eine Lüge ist, wenn man unbesehen ein antikommunistisches Regime als ein freiheitliches bezeichnet und daß der Begriff ‚Freie Welt‘ seit Jahren die Tatsache verbirgt, daß dort Regimes existieren, deren terroristische Praktiken der kommunistischen Unterdrückung in keiner Weise nachstehen, ja, sie sogar in einzelnen Fällen noch übertreffen.

: Nicht nur der amerikanischen öffentlichen Meinung ist diese harte Wahrheit jahrelang und jahrzehntelang verschleiert worden. Wir kennen auch uns näherliegende Fälle ...

Kurz zuvor hatte Frankreichs Staatschef den Amerikanern eine Lektion erteilt, indem er erklärte, das Volk von Vietnam könne nur Ruhe finden, wenn es sich befreie von den ausländischen Einflüssen. Nur so könne es daran denken, seine Einheit wieder zu finden. *De Gaulle* sprach damit etwas aus, was jeder Kenner Südostasiens längst weiß: daß es der Ausbau Südvietsams zu einer amerikanischen Militärbasis ist, was das Nordvietnam *Ho Chi Minhs* notwendigerweise in die Arme Pekings treiben muß und daß es die bisherige amerikanische Politik in Saigon war, die es China ermöglichte, in Hanoi Fuß zu fassen. Wer Peking aus Hanoi vertreiben will, muß sich mit der Neutralisierung ganz Vietnams abfinden. (Die Anwendung dieses Gedankens auf andere geteilte Staaten, auch in Europa, liegt auf der Hand!)

Hier wird nun der dritte Aspekt der Wahrheit von Saigon sichtbar — die Verknüpfung der amerikanischen Weltpolitik mit der amerikanischen Innenpolitik. Es ist sehr wohl denk-

bar, daß Amerikas Präsident genau sieht, was getan werden sollte. Aber er kann es nicht tun, weil er bereits im Vorfeld der amerikanischen Präsidentschaftswahlen steht und seine innenpolitischen Gegner nur darauf warten, ihn in den südvietnamesischen Sack zu stecken.

Die übrige Welt erkennt mit Schrecken, daß ein amerikanischer Präsident aus Wahrücksichten gehindert werden kann, eine vernünftige Asienpolitik zu treiben. So rächen sich die Irrtümer und Mißgriffe der Vergangenheit unerbittlich auch dann, wenn die bessere Einsicht sich eingestellt hat.“

HINWEISE

Der Gewerkschafter, die Monatsschrift für die Funktionäre der IG Metall, hat den Hauptteil der Nr. 9/1963 dem Thema „Automation und technischer Fortschritt in Deutschland und in den USA“ gewidmet; es werden dort die Ergebnisse der Tagung veröffentlicht, die in diesem Frühjahr unter Beteiligung hervorragender Fachleute aus den beiden Staaten in Frankfurt stattfand.

„Von der Gewerkschaft zur Arbeitsfront und zum Widerstand“ heißt eine beachtenswerte

historische Arbeit, die Prof. *Erich Kosthorst* in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ der Wochenzeitung *Das Parlament* (Nr. 18/1963) veröffentlichte und die jetzt auch als Sonderdruck der „Schriften der Bundeszentrale für politische Bildung“ (Bonn, Königstraße 85) verbreitet wird.

„Bemerkungen eines Soziologen zur Frage der Arbeitsmoral“ hat Prof. *Rene König* in Heft 6/1963 der Monatsschrift *Sozialer Fortschritt* (Verlag Duncker & Humblot, Berlin und München) veröffentlicht. Die Untertitel deuten den reichen und für uns wesentlichen Inhalt der Untersuchung an: Arbeitsdisziplin erstaunlich effizient — Gründe der Fluktuation — Was ist unter „Betriebsklima“ zu verstehen? — Motivation von Gastarbeitern — Militärische Disziplin in vielen Betrieben — Gewandelter Status des Arbeiters.

Unter dem Titel *Für Sie gelesen* veröffentlicht das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (Bonn, Kaiserstraße 185, Referat I A/5) seit August 1963 eine kleine Monatsschrift mit einschlägigen Nachdrucken — vor allem zum Thema Entwicklungshilfe — aus deutschen Büchern und Zeitschriften; die von *Hermann Ziock* redigierte Zeitschrift wird auf Wunsch kostenlos zugestellt. *W. F.*

BUCHBESPRECHUNGEN

ROLF WAGENFÜHR

STATISTIK LEICHT GEMACHT

Vierte, völlig überarbeitete und erweiterte Auflage, Bundesverlag, Köln 1963. 283 S., Ln. 25,80 DM.

Jeder examinierte Nationalökonom, der bei der Meldung zur Diplomprüfung u. a. auch einen „statistischen Übungsschein“ vorlegen mußte, wird sich mit Dankbarkeit und Vergnügen der „leichtgemachten Statistik“ Wagenführs erinnern. Dankbar, weil ihm der spröde Stoff hier in lesbarer Form so anschaulich und leicht erfaßbar dargeboten wurde, wie es die schwierige Materie nur immer erlaubte — mit Vergnügen, weil sich hier Fachwissen und sprachliche Ausdrucksfähigkeit nicht nur die Waage hielten, sondern die absolute Stoffbeherrschung dem Verfasser despektierliche Äußerungen zu manchen Erscheinungsformen der Statistik erlaubte, wie sie in diesem Bereich sonst höchstens noch bei *Ernst Wagemann* zu finden waren. Diese sich oft zu treffenden Bonmots steigernde Formulierungskunst und die bei aller Anschaulichkeit und Vereinfachung äußerste Solidität der Arbeit sicherten jeder Auflage einen Leserkreis, der weit

über die der Einführung bedürftigen Studenten hinausging.

So wie jede bisherige Neuauflage stets eine beträchtliche Erweiterung gegenüber der vorhergehenden brachte, ist auch die vierte weit über den Rahmen der dritten (erschienen 1952) hinausgewachsen. Die Erfahrungen des Verfassers als Generaldirektor des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften haben sicherlich dazu beigetragen, der deskriptiven Statistik breiteren Platz einzuräumen, neue Beispiele und Rechengrundlagen zu bringen und inzwischen von verschiedenen Instituten (so z. B. von der Deutschen Bundesbank) entwickelte und verwendete Methoden zu erläutern. Wie auch in den früheren Auflagen hat Wagenführ selber es sich dabei keineswegs „leicht gemacht“; bei diesen neuen Kapiteln sind auch die Anforderungen an den Leser höher geworden. Um den absoluten Anfänger nicht zu überfordern, wurden diese Kapitel im Inhaltsverzeichnis mit einem Stern versehen.

Wer die dritte Auflage kennt, wird (wahrscheinlich schmerzlich) die Ausführungen Wagenführs über „Statistische Schätzungen und Prognosen“, „Neuland der Statistik“ und „Aus der Geschichte der Statistik“ vermissen, die trotz der zahlreichen Erweiterungen auch

in der vierten Auflage eine Bereicherung wären, ohne den Rahmen eines handlichen Lehrbuches zu sprengen. Doch der Schlußsatz des letzten Kapitels („Von der deskriptiven zur induktiven Statistik“) läßt darauf hoffen, daß der Verfasser in absehbarer Zeit einen zweiten Band „leichtgemachter Statistik“ vorlegen wird, und in diesem Teil dürften dann die vermißten Kapitel aus der dritten Auflage wiederzufinden sein. Und auch sie nach den bisherigen Erfahrungen gewiß in erweiterter und um die inzwischen gewonnenen Kenntnisse vertiefter Form.

Der immer größere Anteil, den die Statistik im öffentlichen Bereich moderner Staaten einnimmt, macht es dringend notwendig, daß die Kenntnis von den Methoden und der Aussagefähigkeit moderner Statistik erheblich über den Kreis der Fachwissenschaftler hinausgeht. Trotz der Erweiterung um die Darstellung komplizierterer Methoden bleibt Wagenführs Buch die beste „Laieninformation“, die uns bekannt ist, und wir können nur hoffen, daß der Verfasser bei seiner vielfältigen Inanspruchnahme recht bald die Zeit zur Fertigstellung des zweiten Bandes findet. Er würde in der betreffenden Literatur eine empfindliche Lücke schließen.

Dr. Herbert Ehrenberg

FRITZ ERLER / RICHARD JAEGER SICHERHEIT UND RÜSTUNG

Band 2 „Brennpunkt der Diskussion“, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1962. 186 S., brosch. 10,80 DM.

Nach dem 1. Band der Reihe „Brennpunkt der Diskussion“, in dem die *Notstandsgesetzfrage* von zwei profilierten und politisch aktiven Wissenschaftlern (Dr. *Adolf Arndt* und Prof. *Michael Freund*) erörtert worden war, stehen im 2. Band Fragen unserer Verteidigungspolitik zur Debatte. Hier schrieben zwei Politiker, und zwar *Fritz Erler*, Vorsitzender des Arbeitskreises Sicherheitswesen der SPD-Bundestagsfraktion, und *Richard Jaeger* (CSU), Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Verteidigung. Der Verlag weist den Leser darauf hin, daß „keiner den Beitrag des anderen kannte, als er seinen Beitrag formulierte“. Und doch wirken die beiden Aufsätze „Politik und nicht Prestige“ (*Fritz Erler*) und „Politik und keine Illusion“ (*Richard Jaeger*) wie ein Streitgespräch, wie ein Vortrag in einer Bundestagsdebatte. Die Beiträge zeugen von fundamentaler Kenntnis der Materie, und beide Politiker verstehen es, ihre Überzeugung mit klaren Argumenten zu belegen. Trotzdem erscheint — vielleicht noch deutlicher als in einer Bundestagsdebatte — der tiefgreifende Unterschied zwischen den Konzeptionen der deutschen Sicherheitspolitik einmal der Opposition und andererseits der Re-

gierung. Es wird heute gern betont, die SPD „hätte sich der Verteidigungspolitik der CDU angenähert“, und „es bestünden keine grundsätzlichen Unterschiede mehr“. Das mag stimmen; soweit es die Vertragstreue gegenüber den NATO-Partnern und das deutsche Bekenntnis zur freien Welt (und damit zu deren Verteidigung) betrifft. Aber die hier veröffentlichten Beiträge beweisen, daß die Sicherheitspolitik von der SPD grundsätzlich anders aufgefaßt wird als von der CDU: Während die Konzeption Erlers in jedem Augenblick den gesamtdeutschen Bereich mit einbezieht, das Abrüstungsproblem unter dem Gesichtspunkt der deutschen Teilung behandelt und die deutsche Verpflichtung gegenüber der NATO auch unter Einschluß der Vertragsbedingungen ehemaliger Siegermächte gegenüber dem geteilten Deutschland betrachtet, zeigt die Argumentation Jaegers, daß er lediglich die Bundesrepublik sieht und deren Stellung im „Gleichgewicht der Kräfte“. Er nimmt die deutsche Spaltung als eine ausschließlich von den Sowjets verursachte Tatsache zur Kenntnis und leitet daraus die Notwendigkeit ab, den westlichen Teil Deutschlands fest in das Verteidigungssystem des Westens einzufügen. So sind seine Bemerkungen zur Wiedervereinigung im Gegensatz zu den tiefgreifenden Ausführungen Erlers phrasenhafte Leerformeln, während andererseits seine Ausführungen zum Thema „moderne Rüstung“ wie auch zur Frage der Armee in der Demokratie besondere Beachtung verdienen. Hier sind die Diskussionspunkte deutlich ausgeprägt:

Erler: Aus gutem Grund (sind) gewisse Beschränkungen des militärischen Potentials der Bundesrepublik Deutschland .. . politisch notwendig und auch militärisch richtig.“

Jaeger: „Die Bundeswehr ist... Teil einer integrierten Streitmacht. Wenn nun innerhalb einer solchen einzelne Teile unterschiedlich ausgerüstet sind, so kann dies zu sehr gefährlichen Folgen führen.“

Erler: „Wehrpflicht und Demokratie sind nicht untrennbar zusammengehörig.“

Jaeger: „Die Bundesrepublik kann ihrer Verpflichtung, 12 Divisionen für den NATO-Schild in Mitteleuropa aufzustellen, ohne die allgemeine Wehrpflicht nicht nachkommen.“

Interessant sind auch Erlers Ausführungen zur allgemeinen Abrüstung, die er als „die andere Seite derselben Medaille Sicherheit“ bezeichnet. Jaeger hingegen meint, von Abrüstung allein sei nicht von vornherein auch eine Entspannung zu erwarten. Abrüstung und Deutschlandfrage sind für Jaeger nur auf Grund eines „grundlegenden Wandels der weltpolitischen Gegebenheiten“ zu diskutieren; Erler hingegen bezieht beides, in die reale Sicherheitspolitik mit ein.

Dieses kleine Buch ist für jeden, der über die wehrpolitischen Probleme nachdenkt und sich selbst eine Meinung zum Thema Sicherheit bilden will, ein großer Gewinn. Der kritische Leser wird die „Illusionen“ und die „Prestigefragen“ in der Sicherheitspolitik schnell entdecken. Er wird sich jenseits der erfreulicherweise wenigen Sätze, die „aus dem Fenster hinausgesprochen sind“, sowohl über die Argumente informieren, die der Politik zugrunde liegen, als sich auch an Hand der beschriebenen Tatsachen der Verteidigung ein klares Bild von der heutigen wehrpolitischen Situation machen können. *Reinmar Cunis*

ROBERT H. SCHMIDT
SAARPOLITIK 1945—1957

Band II. Verlag Duncker & Humblot,
Berlin und München 1961. XV und 784
S., Ln. 66 DM.

In dem Versuch, ein objektives Bild der Verhältnisse und der Entwicklung in diesem heiß umstrittenen Landesteil zu geben, rechtfertigt der Verfasser das Vertrauen, das unser Bericht über den ersten Band (siehe Gewerkschaftliche Monatshefte 8/1961, S. 510) ausgesprochen hatte, selbst wenn er in Einzelheiten auf den Widerspruch Nächstbeteiligter stoßen sollte. Es ist ein dokumentarisches Werk, das für eine breite Öffentlichkeit allerdings weniger geeignet ist, soweit es sich in persönlich und gruppenmäßig, jedenfalls zeitlich bedingten Erscheinungen ergeht. Das und der hohe Preis beschränken den Kreis der Interessenten. Derselbe Umstand aber verpflichtet, auf diese groß angelegte Dokumentation diejenigen Kreise hinzuweisen, denen es gerade auf die vielleicht heute etwas unaktuell gewordenen Details aus historischen Gründen ankommt. *Artur Saternus*

FRANZ MEHLER
ZUR PROBLEMATIK DER AGRAR-
PREISE

Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart 1962. 332 S. mit 8 Faltafeln, kart. 20 DM.

Eine 1957 geschriebene Dissertationsschrift der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim ist fünf Jahre später als Buch — in unveränderter Fassung — herausgebracht worden. Die Schrift bemüht sich um die Theorie der Agrarpreisbildung und des Agrarmarktes und will Empfehlungen für agrarpolitische Maßnahmen geben. Auf diese Empfehlungen stößt der Leser am Schluß der Abhandlung, nachdem er sich durch eine lange deskriptive und kompilatorische Darstellung hindurchgelesen hat und findet dann Formulierungen wie beispielsweise die: „Marktregulierungen sollten als Instrumente zum Zwecke des Ordnungsschaffens auf den Agrarmärkten Einsatz fin-

den, anstatt sie als Bestandteile der Agrarmärkte zu postulieren.“ (S. 296)

Dr. Ulrich Teichmann

HANS O. STAUB
FRANKREICH ZWISCHEN
GESTERN UND MORGEN

Walter-Verlag, Ötten und Freiburg im Breisgau 1963. 257
S., Paperback, 9,80 DM.

Der Schweizer Journalist Hans O. Staub hat seinen zwölfjährigen Aufenthalt in Frankreich (mit häufigen Abstechern nach Algerien) wahrlich gut genutzt: zuerst, von 1951 bis 1962, hörte man seine so instruktiven wie souverän abwägenden Berichte und Kommentare über Radio Beromünster — und jetzt, in die Schweiz zurückgekehrt, legt er uns nach seinem charmanten und liebevoll einfühlsamen „Paris für Anfänger“ (vgl. GM 1962, S. 572) ein politisches Frankreichbuch vor, das wir nicht zögern, neben *Herbert Lüthys* „Frankreichs Uhren gehen anders“ (1954) als das beste Buch über das heutige Frankreich, zumindest in deutscher Sprache, zu bezeichnen.

Auf knappem Raum schildert uns Staub die politische Entwicklung Frankreichs von 1945 („Der verpaßte Sieg“ — „Das Erbe des zweiten Weltkrieges“) über die Vierte Republik mit ihren „Geburtsfehlern“ hin zu dem indochinesischen „Krieg der Landsknechte und Skandale“, den schließlich *Mendes-France* (den Staub großartig charakterisiert: „Mehr Chirurg denn Arzt“) endlich beenden kann — und weiter zur siebenjährigen algerischen Tragödie mit all ihren Fehlrechnungen und Grausamkeiten (die uns Staub nicht vorenthält). Und damit sind wir bei *de Gaulle*, dem natürlich die letzten Kapitel dieses hochaktuellen Buches gewidmet sind: seinem „Versuch eines französischen Europas“, seinem Kampf gegen „das perfide Albion, den Erbfeind“, seinem „Einmannstaat“ mit seinem permanenten Plebiszit und seiner „Telekratie“ — eine Darstellung, die in Bilanz und Epilog natürlich nur mit dem großen Fragezeichen enden kann, das Frankreich heute darstellt und bei dem nur die Hoffnung auf eine neue Generation bleibt, die laut Staub „nicht bloß das Gestern und das Morgen, sondern das Heute“ sieht und will.

Wir haben das alles miterlebt und mitdurchlitten — und doch sind wir Hans O. Staub sehr dankbar dafür, daß er uns diese so inhaltsreiche Geschichte von anderthalb Jahrzehnten ins Gedächtnis ruft — und mehr: viele Einzelheiten und viele Zusammenhänge klarer beleuchtet, als wir sie bis dahin gesehen haben. Niemandem zur Lust und niemandem zu Leide, mit der notwendigen Distanz und der notwendigen Liebe zu einem Nachbarvolk, das man, in allen seinen Irrungen, nur lieben kann. *Dr. Walter Fabian*

POLITIK UND BILDUNG

Herausgegeben vom Internationalen Arbeitskreis Sonnenberg. Verlag Internationaler Arbeitskreis Sonnenberg, Braunschweig 1963. 415 S., Halbin. 9 DM.

Der Internationale Arbeitskreis Sonnenberg, über dessen Wirken in Heft 8/1963 (S. 496 ff.) dieser Zeitschrift berichtet wurde, hat jetzt als Festschrift zum 60. Geburtstag seines Gründers und Leiters *Walter Schulze* einen Sammelband mit Beiträgen zu politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Problemen unserer Zeit veröffentlicht. Von der Vielseitigkeit der vorliegenden Publikation können wir am ehesten dadurch ein Bild vermitteln, daß wir einige Titel und Autoren der 66 Beiträge dieses Sammelbandes nennen: Rechte und Pflichten des Menschen (Prof. Dr. Erwin Stein) — Widerstand und Verantwortung (Dr. Ernst-August Roloff) — Staatsgewalt, Volk, Meinungsbildung (Fritz Sänger, MdB) — Verantwortung und Aufgabe der Massenkommunikationsmittel in der Demokratie (Manfred Jenke) — Rassenvorurteile und Menschenrechte (Chitta Rajan Das) — Wirtschaft und Erwachsenenbildung (Dr. Fritz Arlt) — Vergleichende Erwachsenenbildung (Dr. Walter Fabian) — Pädagogisierung der Betriebe? (Bernhard Tacke) — Wirtschaftsbürger oder Wirtschaftsuntertan? (Dr. Kurt Nemitz) — Jugoslawien zwischen Ost und West (Walter Gyssling) — Israel als Entwicklungsland (Rudolf Küstermeier) — Die Rolle des Schriftstellers in der Gesellschaft (Alv St. Langeland) — Bertolt Brecht und das moderne Welttheater (Christian Gneuß) u. v. a.

Das sind nur ein paar, fast zufällige, Hinweise auf den überreichen Inhalt dieses ungemein anregenden Sammelwerkes, das man besitzen sollte, um es immer wieder zur Hand zu nehmen. A. Z.

S I E G F R I E D A U F H Ä U S E R

AN DER SCHWELLE DES ZEITALTERS DER ANGESTELLTEN

Eine wachsende und dynamische Leistungsschicht in Wirtschaft und Verwaltung. Westliche Verlagsgesellschaft Heenemann KG, Berlin 1963. 143 S., Ln. 13,80 DM.

Die in den letzten Jahren von zwei sozialwissenschaftlichen Instituten publizierten Ergebnisse soziologischer Erhebungen zur Angestelltensituation haben bei den Vertretern traditionaler Angestelltenideologie viel Staub aufgewirbelt. Gegen die empirisch dokumentierte Feststellung, daß die Tätigkeitsformen der Angestelltenmehrheit sich nicht wesentlich von Arbeitertätigkeiten unterscheiden, sowie gegen die sich daraus ergebenden sozialpolitischen Schlußfolgerungen sind inzwischen mehrere kritische Abhandlungen geschrieben worden, zu denen auch das vorliegende Buch gerechnet werden kann.

Man muß bedauern, daß die interessanten Erfahrungen und Auffassungen des Nestors der deutschen Angestelltenbewegung sehr an Aussagekraft dadurch verlieren, daß sie mit moralisierender Polemik gegenüber den genannten Studien durchsetzt sind. Hier soll auf diese Seite nicht weiter eingegangen werden. Das Anregende und Bemerkenswerte an diesem Buch ist die Perspektive des alterfahrenden Angestellengewerkschafters. Siegfried Aufhäuser war schon bei den Anfängen der freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung führend dabei; so ist es sehr aufschlußreich, wie er sich nun mit der teilweise neuartigen Angestelltenproblematik der Gegenwart, mit der modernen Industriebürokratie und Betriebsrationalisierung sowie mit den ersten Ansätzen der Automation befaßt. In diesem Zusammenhang müssen auch jene Äußerungen des Verfassers, die uns irreal anmuten, wertvoll erscheinen, weil sie sozialgeschichtliche Relevanz haben.

Folgende Aspekte können Aufhäusers Position charakterisieren:

1. Mit Recht hält er den Arbeitsplatzanalytikern entgegen, daß Teilarbeit, also individuelle Tätigkeitsform, zur Bestimmung des Angestelltenbegriffs nicht ausreicht. Die „Konstruktion des Betriebes“ ist ihm ein wesentliches Kriterium, denn aus ihr ergibt sich das durch eine „Gesamtfunktion“ geprägte Arbeits-„Ensemble“, das für die Angestellten-eigenschaft entscheidend ist. Die Bestimmung des Angestelltenbegriffs ist, wie der Autor vermerkt, ohne gleichzeitige Anwendung von Soziologie und Ökonomie nicht möglich.

2. Zu Unrecht zieht Aufhäuser jedoch aus der Konstatierung der — allerdings nicht näher definierten — sozialökonomischen Funktionseinheit bei den Angestellten den Schluß, daß diese damit auch eine geschlossene Sozialgruppe sind, die sich der Arbeiterschaft gegenüber durch „qualifizierte Tätigkeit“ und „gehobene Verantwortung“ unterscheidet. Er sieht in ihnen eine „Mannschaft von Steuerleuten am Rad der Wirtschaft“, denen gegenüber die Arbeiter nur schlichte „Seeleute“ sind. Dementsprechend wendet sich Aufhäuser sehr scharf gegen die heute sich anbahnende arbeits- und sozialrechtliche Angleichung zwischen beiden Arbeitnehmerkategorien. Mit dieser Ansicht widerspricht er aber nicht nur der empirisch-soziologisch erhellten Realität sowie seiner eigenen Auffassung von der überindividuell zu verstehenden „Gesamtfunktion“, sondern auch seinen eigenen Befunden aus der Vorkriegszeit.

3. Aufhäuser beurteilt die zur Zeit noch anhaltende absolute Zunahme der Angestelltenzahl mit gefährlichem Optimismus als Beweis für das anbrechende „Zeitalter der Angestellten“. Nun mag gewiß der Angestellte in Zukunft zum repräsentativen Arbeitnehmertyp

werden, aber inzwischen bedroht die Automation die große Masse der ausführend tätigen Angestellten nicht minder als die nicht qualifizierten Arbeiter mit dem Verlust des Arbeitsplatzes. Dieser Tatsache und den damit zusammenhängenden schwerwiegenden sozialpolitischen und wirtschaftlichen Problemen weicht Aufhäuser, wie alle Traditionalisten der Angestelltenbewegung, aus.

Außer der Auseinandersetzung Siegfried Aufhäusers mit der gegenwärtigen Angestelltensituation ist an seinem Buch die informatorische Dokumentation hervorzuheben. Besonders wichtig ist in dieser Hinsicht die in einem gesonderten Teil gebotene Rückblende auf den theoretisch sehr bedeutsamen Dritten Kongreß des freigewerkschaftlichen „Allgemeinen freien Angestellten-Bundes“ (AfA) in Hamburg 1928, die der Veteran dieser Organisation, *Max Ehrhardt*, verfaßt hat.

Michael Mauke

OSCAR PETER BRANDT
DER GLOBUS BRENNT

Econ-Verlag GmbH, Düsseldorf - Wien 1962. 280 S., Ln. 19,80 DM.

Das Buch trägt den Untertitel „Berichte aus den Wetterecken der Weltpolitik“. Es schildert sachlich, prägnant und mit neuem Zahlenmaterial die sozialen Verhältnisse von 22 Ländern in allen Weltteilen. Die meisten von ihnen werden nach europäischem Sprachgebrauch als „unterentwickelt“ bezeichnet. Ländern, in denen der Agrarfeudalismus eingeschränkt und der importierte Industrie-feudalismus schon national betont ist, wünscht der Verfasser eine Weiterentwicklung zum Wohlfahrtsstaat nach dem Muster westlicher Demokratien, wobei er die „soziale“ Marktwirtschaft der Bundesrepublik als geeignetes wirtschaftliches und politisches Mittel empfiehlt; ausgerechnet...

Die gegenwärtige Lage in den lateinamerikanischen Ländern macht dem Berichterstat-ter besonders viel Sorge. Diese Republiken sind, gemessen an der Geschichte europäischer Vorherrschaft und am Faktum katholisch-christlicher Weltanschauung, neuralgische Punkte erster Ordnung oder besser Unordnung. Das wird an Hand von Gesprächen mit Landesbewohnern aller Schichten, mit Zahlen und Daten anschaulich geschildert. Was in der Mehrzahl dieser Länder Demokratie genannt wird, ist nackte Diktatur einer dünnen Oberschicht in Zivil und Uniform und gleichzeitig Korruption von fast unvorstellbaren Ausmaßen. Daß diesen Brandherden mit dem lauwarmen Wasser des Neo-Liberalismus nicht mehr beizukommen ist, wird von Sachkennern mündlich und schriftlich immer wieder zugegeben. Brandts Appell an den freiheit-

lichen Sozialismus ist deshalb berechtigt; aber allem Anschein nach kommt er hier schon zu spät, auch deshalb, weil er in seiner aufgesplitterten, heutigen Form nicht stoßkräftig genug erscheint. Das Final Kuba wird nicht ausgelöscht werden können. Und ebenso wie dort wird erst die soziale Revolution die Voraussetzungen für eine konsequente Neuordnung schaffen können.

Das etwas einseitig orientierende Literaturverzeichnis und ein Sachregister erhöhen die Aktualität des flüssig geschriebenen Werkes.

Hermann Lücke

JAMES BALDWIN
SCHWARZ UND WEISS

11 Essays. Verlag Rowohlt, Reinbek bei Hamburg 1963. 138 S., Paperback, 7,80 DM.

Kaum ein Name wird zur Zeit in den Vereinigten Staaten so viel genannt, wie der des „schwarzen Orpheus“, des 35jährigen Schriftstellers *James Baldwin*. Schon wegen seiner bedeutenden Rolle im heutigen Ringen um die Neger-Emanzipation, aber nicht minder wegen seines hohen Ranges als Essayist und Romancier ist es sehr zu begrüßen, daß wir zu diesem Zeitpunkt (wahrlich nicht zu früh) diesem Mann nun auch in deutscher Übertragung begegnen können: in wenigen Wochen wird die deutsche Ausgabe seines Romans „Giovannis Zimmer“ (Giovanni's Room) bei Rowohlt erscheinen, und jetzt können wir uns bereits mit dem Band „Schwarz und weiß“ auseinandersetzen, in dem — in offenbar ausgezeichnete Übertragung von *Leonharda Gescher-Ringelwitz* — elf Essays aus den beiden ersten Essaybänden Baldwins zusammengefaßt sind (der dritte Essay-Band mit dem biblischen Titel „The Fire Next Time“ — Nächstes Mal: das Feuer ... — ist zur Zeit ein Bestseller in den USA).

Der vorliegende Band „Schwarz und weiß“ ist sehr geeignet, uns den Zugang zu der Persönlichkeit, dem Schicksal und der Denkweise Baldwins zu eröffnen und uns zugleich seine schriftstellerische Bedeutung erkennen zu lassen. Die meisten dieser Essays tragen autobiographischen Charakter oder enthalten doch autobiographische Elemente von ganz ungewöhnlicher Farbigkeit und geistiger Prägnanz und von einer Bildhaftigkeit, die mit wenigen Sätzen, oft nur mit einem halben Satz, die tragisch bewegte Welt der Neger von Harlem vor unser Auge stellt. Von den verschiedensten Ansatzpunkten aus beleuchtet Baldwin sein Problem („Was es heißt, ein Amerikaner und ein Neger und ein Schriftsteller zu sein“) in faszinierender Weise — ob er nun direkt von seinen Kindheits- und Jugenderlebnissen und von seiner Familie spricht oder von seinen Pariser Jahren oder von seinem Leben in einem

Schweizer Bergdorf, in dem er in einer ganz anderen Weise ein Fremder war — oder ob er sich, intelligent und für ihn tief schmerzlich mit *Richard Wright* auseinandersetzt, „den ich so heftig bekämpfte und der mir so viel bedeutete“ (wobei das ganze Problem der Generationen der amerikanischen Neger aufgerissen wird: Wright war rund 20 Jahre älter als Baldwin und kam aus den Südstaaten, die der Jüngere nicht mehr erlebt hat) oder ob er über *Faulkner*, über *Gide* oder über *Norman Mailer* schreibt: man wird auf diesen Seiten schwerlich einen Absatz finden, von dem man nicht erregt und bewegt würde.

Dr. Walter Fabian

ARNOLD J. TOYNBEE STRÖME UND GRENZEN

Eine Fahrt durch Indien, Pakistan, Afghanistan. Verlag W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart 1963. 240 S. mit 1 Faltkarte, Ln. 19,80 DM.

Wenn eine Persönlichkeit wie A. J. Toynbee im Alter von mehr als 70 Jahren einen Wetterwinkel der Weltgeschichte besucht, mit dem er sich ein Leben lang beschäftigt hat, so werden die Eindrücke, die er über seine Reise niederschreibt, geformt sein durch ein tiefes historisches Wissen und eine Fülle persönlicher Erinnerungen. Daher mag die eigentliche Reiseschilderung dem Leser hier und da etwas sprunghaft und unzusammenhängend erscheinen, mögen ihm Hinweise und Randbemerkungen oft nicht ganz klar werden. Um so zufriedener wird er sein, wenn am Ende der Reise Toynbee seine Schlüsse zur Beurteilung der gegenwärtigen Lage zieht.

Der Verfasser sieht in allen drei Ländern den Widerspruch zwischen der Invasion der Technik und dem Verhalten, insbesondere dem

generativen Verhalten der Bevölkerung, und er beschreibt nicht nur die Einführung der Technik, sondern auch die Änderung im Verhalten der Menschen als ein erzieherisches Problem, als einen Bruch mit alten Bräuchen: „Wenn sich eine Bäuerin und ihr Mann erst einmal darauf eingestellt haben, ihre Kinderzahl zu beschränken, und wenn die Kinder, die sie zur Welt bringen, sämtlich zur Schule gehen — die Mädchen genauso wie die Buben —, dann wird die Hebung des geistigen Niveaus in dem betreffenden Dorf auf dem rechten Wege sein“ (S. 220 f.).

Zur Verhaltensweise gehört aber auch die staatsbürgerliche Seite. Toynbee kennt die oft vergeblichen Bemühungen, die westlich-parlamentarische Demokratie in den Entwicklungsländern einzuführen. Er weiß um die Konsequenz, die darin besteht, daß eines Tages doch kommunistische oder militärische Diktaturen entstehen, und er preist die Versuche, die in Pakistan mit der „basic democracy“ gemacht wurden: „Pakistans Experiment in Grunddemokratie ist ein Stück institutionellen Pionierwesens, und seine Geschicke sollten höchst aufmerksam von den Regierungen und Völkern anderer Länder beobachtet werden, welche sich mehr oder minder noch auf dem gleichen Stand politischer Entwicklung befinden“ (S. 223). Er beklagt schließlich, daß sich Südasiens in Streitigkeiten um Grenzlinien verzehrt, die wertvolle Kräfte binden, und die, geht man ihrem Ursprung nach, oft genug vor langer Zeit Einflußsphären markierten, in die sich Weltmächte die farbige Welt geteilt hatten.

Toynbees Buch geht nicht ins Detail der ungezählten Entwicklungsprobleme, sondern zeichnet einige große Linien, wobei er einen außergewöhnlichen Optimismus verrät.

Dr. Wolf Donner

MITTEILUNGEN Alfred Horné, Autor der Bücher „Christ und Bürger — heute und morgen“ und „Der beklaagte Sieg — Gespräche über die **DER REDAKTION** Mitbestimmung“, ist seit Anfang 1963 Redakteur für Sozialpolitik beim Bayerischen Rundfunk. Sein in diesem Heft veröffentlichter Aufsatz basiert auf einem von Horné im Bayerischen Rundfunk gesprochenen Kommentar, der ein ungewöhnlich lebhaftes und überwiegend zustimmendes Echo fand.

Professor Dr. Jan Pen, Jahrgang 1921, studierte Nationalökonomie an der Universität Amsterdam und war dann zunächst im niederländischen Wirtschaftsministerium tätig. Jetzt ist Prof. Pen Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Universität Groningen und Gastprofessor an der Freien Universität Brüssel. Von seinen Veröffentlichungen seien genannt: Theorie der collectieve loononderhandelingen (1950), Welvaart en verdeling (1956), Moderne economie (1958), Harmonie en conflict (1962). Prof. Pen war einer der Hauptreferenten bei der Internationalen Tagung der Sozialakademie Dortmund 1961 (vgl. GM 1961, S. 498 f.) und beim Europäischen Gespräch in Recklinghausen 1963 (vgl. GM 8/1963, S. 492 ff.).

*

Diesem Heft liegt ein Prospekt des Gemeinschaftsdienstes der Boden- und Kommunal-Kreditinstitute, Köln, bei.